

Infobogen 14.2.2.4 Die Straßenkämpfe in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik wurde die rechtsstaatliche Polizei von verschiedenen Seiten in die Zange genommen. Die damaligen Linksextremisten, speziell die KPD und ihr Veteranen- und Straßenschlachtverband „Rotfrontkämpferbund“, setzten immer wieder auf Aggression, um die Republik „sturmreif“ zu machen. Ein typisches Mittel waren – natürlich oft gegen bestehende Verbote gerichtete, also unzulässige – Blitzdemonstrationen: Auf mündliche Verabredung versammelten sich aus verschiedenen Straßen kommend KPD-Anhänger beispielsweise im Berliner



Regierungsviertel. Hier durfte zwar prinzipiell nicht demonstriert werden, denn es galt eine Bannmeile. Doch das störte die Kommunisten nicht: Sie rotteten sich trotzdem zusammen, skandierten aggressive Parolen und zerstreuten sich, sobald sich größere Einsatzkräfte der Polizei näherten – jedenfalls meistens. Ohne Rangeleien ging es trotzdem selten ab, wie in zeitgenössischen Medien, etwa der vollständig digitalisiert vorliegenden liberalen

„Vossischen Zeitung“, oder beispielsweise in den Akten des Berliner Polizeipräsidiums nachzulesen ist.

Mitunter eskalierten die Auseinandersetzungen, zum Beispiel Anfang Mai 1929. Die sozialdemokratische Regierung von Preußen, zuständig für die Polizei in Berlin, hatte ein striktes Demonstrationsverbot erlassen, das die KPD jedoch vorsätzlich und offen missachtete. In der aufgeladenen Atmosphäre reagierten Polizeibeamte falsch und gaben Warn-, teilweise sogar gezielte Schüsse ab.

Die Kommunisten nutzten dieses Versagen, um bürgerkriegsähnliche Zustände zu provozieren – die Polizei war seinerzeit weder ausgebildet noch ausgerüstet für ein robustes Eingreifen unterhalb potenziell lebensgefährlicher Maßnahmen, obwohl sie natürlich wie auch heute formal Inhaber des Gewaltmonopols war. Am Ende brannten in zahlreichen Straßen Barrikaden, wurden Geschäfte attackiert und geplündert. Die Bilanz war blutig: Die bewusst von der KPD herbeigeführte Eskalation kostete 33 Menschen das Leben, weitere knapp 250 wurden verletzt, darunter ein Fünftel Polizisten. Trotz 1228 Festnahmen gab es nur 43 Verurteilungen, darunter als höchste Strafe einmal neun Monate Haft.

Die Verantwortung für die blutige Eskalation lag eindeutig bei den Linksextremisten, doch zugleich hatte die Polizei versagt. „Die KPD nutzte Anfang der 1930er-Jahre die Verbote, um ihre grundsätzliche Gegnerschaft zum bestehenden System durch die gesetzwidrige Abhaltung von Umzügen öffentlich zu dokumentieren“, schreibt die Historikerin Marie-Luise Ehls in ihrer Dissertation „Protest und Propaganda“. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums gab es ähnliche Exzesse, freilich in anderer Form: Nationalsozialisten und speziell die Schlägertrupps von der SA attackierten den politischen Gegner, also Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie besonders

häufig und brutal tatsächlich oder vermeintlich jüdische Bürger. Doch wenn die Polizei erschien, zogen sich die „braunen Horden“ in der Regel zurück.

Typisch waren etwa der Überfall auf eine Musikkapelle des Rotfrontkämpferbundes auf der Zugfahrt vom brandenburgischen Trebbin zurück nach Berlin am 20. März 1927. SA-Männer griffen die Kommunisten, die nichts ahnend zugestiegen und –



diesmal jedenfalls – friedfertig waren, brutal an. Erst auf dem Vorortbahnhof Berlin-Lichterfelde Ost konnte ein herbeigerufenes Überfallkommando der Polizei die Prügelei beenden. Doch die SA-Leute waren jetzt erst richtig in Fahrt. Nochmals angefeuert vom erst kurz zuvor ernannten Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels, marschierten sie in Richtung Innenstadt. Durch das bürgerliche Friedenau führte ihr Weg ins elegante Charlottenburg. Dabei droschen die

Braunhemden auf alles ein, was ihnen vor die Fäuste kam: „Frech gewordene Juden wurden kurzerhand verprügelt“, berichtete der NSDAP-Funktionär Reinhold Muchow stolz. Er hielt diesen 20. März für die „bis jetzt größte Schlacht und den geschlossensten Umzug, den die NSDAP in Berlin erlebt hat“.

Derlei war kein Einzelfall: Die Gewaltexzesse der SA nahmen in den Jahren der ausgehenden Weimarer Republik ständig zu. Oft richteten sie sich gegen Kommunisten, was die Berliner Polizei zu verhindern suchte. Die Übergriffe gegen normale Bürger, meist deutsche Juden, dagegen waren kaum in den Griff zu bekommen.



Nach der Eröffnung des Reichstags am 13. Oktober 1930 zum Beispiel, zu dem die 107 NSDAP-Abgeordneten trotz Uniformverbots in Braunhemden erschienen, kam es zu Ausschreitungen. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte, besonders des renommierten Kaufhauses Wertheim am Leipziger Platz, wurden eingeschlagen, Kunden angepöbelt und eingeschüchtert.

Rund hundert Täter nahm die Polizei fest, überwiegend jugendliche Hitler-Anhänger.

Die „Vossische Zeitung“ beklagte den „Terror der Halbwüchsigen“. Doch zu unterschiedlichen Strafen konnte sich die rechtsstaatliche Justiz nicht durchringen: Die meisten Täter wurden ermahnt und nach Hause geschickt.

Knapp ein Jahr später, zum jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schana Mitte September 1931, attackierten rund tausend Berliner SA-Leute den vermeintlich „verjudeten“ Bezirk Charlottenburg. Der SA-Führer der Reichshauptstadt, Wolf Graf Helldorff, ließ sich im offenen Wagen den Kurfürstendamm auf- und abfahren und stachelte seine Männer an. Aus den ersten Sprechchören „Wir haben Hunger! Wir wollen Arbeit!“ wurden rasch Parolen wie: „Juda verrecke!“, und: „Schlagt die Juden tot!“



Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

Die SA-Leute verprügelten, wer ihnen „verdächtig“ oder „jüdisch“ vorkam. Helldorff befahl, das „Café Reimann“ zu stürmen. Auf dem Bürgersteig stehende Marmortische wurden in die Schaufenster geworfen, die SA schlug die Gäste und demolierte die Inneneinrichtung des Cafés, dessen Inhaber, wie die „Jüdisch-liberale Zeitung“ berichtete, „gar kein Jude ist“.

Hass auf das demokratische System



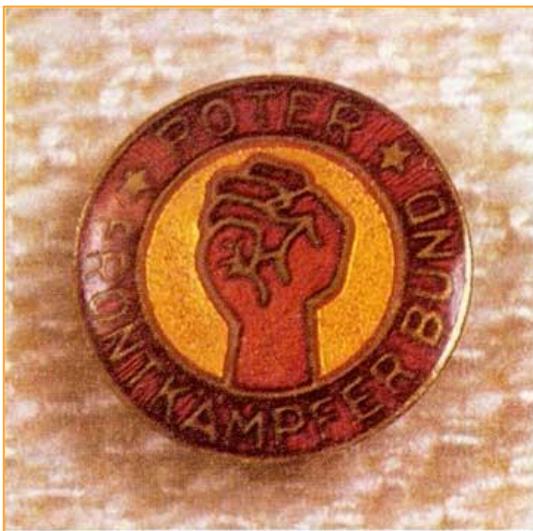
Die Gewaltspirale begann sich erst zu drehen, als ideologische Ziele hinzukamen, der Hass auf das demokratische System, der die Extremisten auf der Linken und auf der Rechten verband. Diese vor allem weltanschaulich provozierte Eskalation dürfte auch die Exzesse in Hamburg zum Teil zumindest erklären.

Die Polizei der Weimarer Republik scheiterte an der Aufgabe, linke und rechte Aggressionen zu unterbinden. Und,

schlimmer noch: Die Gerichte ahndeten selbst gut dokumentierte Übergriffe viel zu milde, um einen Abschreckungseffekt zu erzielen.

Roter Frontkämpferbund auf Reichsebene - 1924-1929

Wie in allen politischen Lagern der Weimarer Republik kam es auch in der Arbeiterbewegung zur Bildung von – teilweise bewaffneten – Parteitruppen. So hatte



die KPD etwa in den frühen 1920er Jahren vorzugsweise in größeren Betrieben (später illegale) "Proletarische Hundertschaften" aufgebaut. Das meist polizeilich geduldet öffentliche Auftreten völkisch-nationaler Wehrverbände wie "Stahlhelm" einerseits, die Gründung des republikanischen "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" durch die SPD am 22. Februar 1924 andererseits führten auch in der KPD zu dem Wunsch, einen eigenen Verband zu formieren, da auch nach Aufhebung des KPD-Verbots am 1. März 1924 die Proletarischen Hundertschaften weiter verboten blieben. Der paramilitärische Wehrverband der KPD entstand im Mai 1924 unter der Leitung des

KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann (1886-1944). Erkennungszeichen waren die rote Armbinde, der Sowjet-Stern und die geballte Faust, die Kampfbereitschaft signalisieren sollte. 1928 organisierte der Bund reichsweit rund 100.000 Mitglieder.

Zunehmende Militarisierung

Um aber in Konkurrenz zum Stahlhelm, zur nationalsozialistischen SA und auch zum Reichsbanner bestehen zu können, wurde das Auftreten des RFB zunehmend "militarisiert": grüne Russenbluse, Mütze, Koppel, Breecheshose und Schafstiefel. Anstelle der Begriffe "Leiter", "Vorsitzender" und "Bezirk" verwendete man nun

"Führer" und "Gau". Seit 1928 wurde der Kampfcharakter des Bundes verstärkt, wozu nun auch Wehrsportübungen, vor allem im Rahmen der Unterabteilung "Rote Jungfront", durchgeführt wurden. Zum Markenzeichen des Bundes gehörten auch die



erhobene Faust und die Grußformel "Rotfront" sowie die Begleitung durch Schalmeien Kapellen bei Aufmärschen. Besonders die jährlich stattfindenden Bundestreffen an Pfingsten in Berlin mit Massenkundgebungen sowie später teilweise blutige Auseinandersetzungen mit der SA prägten wirksam das Erscheinungsbild des zunehmend kämpferischer auftretenden Bundes, der über 100.000 Mitglieder umfasste. Die Verbandszeitung war "Die Rote Front".

Nach schweren Zusammenstößen mit der Berliner Polizei anlässlich einer verbotenen Demonstration zum 1. Mai 1929, bei der über 30 Demonstranten und Zuschauer erschossen wurden, erfolgte das seit längerem vorbereitete reichsweite Verbot des Frontkämpferbundes am 6. Mai 1929. Die Organisation wurde illegal weitergeführt; als legale Nachfolgeorganisation entstand der „Kampfbund gegen den Faschismus“.

Die Sturmabteilung SA

Agitation und paramilitärische Vorbereitungen für den "Freiheitskampf" der nationalsozialistischen Bewegung gegen das System der Weimarer Republik waren Leitbilder der von Adolf Hitler angeordneten Gründung eines Wehrverbands der NSDAP im August 1921. Die auf Hitler eingeschworene, bis 1925 aber parteiunabhängige Kampforganisation rekrutierte sich aus ehemaligen Saalordnern der Partei und Mitgliedern aufgelöster Freikorps. Darunter befanden sich auch zahlreiche Führungsoffiziere der ein Jahr zuvor am Lüttwitz-Kapp-Putsch beteiligten rechtsextremen Marinebrigade-Ehrhardt.

Im November 1921 nahm die harmlos als Turn- und Sportabteilung der NSDAP firmierende Kampftruppe die Bezeichnung „Sturmabteilung“ (SA) an. Zentrum der streng hierarchisch strukturierten SA war zu Beginn der zwanziger Jahre die "Ordnungszelle Bayern". Dort bildete die von einem völkisch-nationalistischen Gedankengut geprägte Atmosphäre einen idealen Nährboden für ihren aggressiven Antisemitismus und politischen Radikalismus. Dieser gipfelte in unzähligen Terror- und Gewaltaktionen gegen Juden und politische Gegner, wozu neben Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vor allem die Repräsentanten der verhassten Republik zählten. Um die demokratische Ordnung zu stürzen, beteiligte sich die von Hermann Göring geführte SA mit einigen hundert Bewaffneten im November 1923 am fehlgeschlagenen Hitler-Putsch. Ebenso wie die NSDAP wurde sie daraufhin reichsweit verboten. Die SA gliederte sich nach der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 in die Partei ein. Ihre Angehörigen trugen braune Uniformen mit Schaffstiefeln, Koppel und Schulterriemen sowie eine Armbinde mit Hakenkreuz. Die politische Agitation der NSDAP ergänzte die SA als Instrument der NS-Propaganda durch die "Eroberung der Straße". Eine durch provozierende Aufmärsche zur Schau gestellte Stärke und Geschlossenheit der

Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

nationalsozialistischen Bewegung wirkte vor allem auf Jugendliche und junge Männer anziehend. Sie erhielten dort neben einer Grundversorgung vor allem Anerkennung und das Gefühl einer Kameradschaft ohne soziale Schranken. Die Mitgliederstärke der SA wuchs zwischen 1925 und 1930 von ca. 3.600 auf annähernd 60.000 Männer in 200 Ortsvereinen. In Konkurrenz zu bürgerlichen Vereinen entstanden seit 1928 mit motorisierten Staffeln, Marine- oder Reiterstürmen verschiedene Spezialeinheiten, die gezielt sozial Schwachen die Teilnahme an einem derartigen Freizeitangebot ermöglichen wollten.



Nach der 1929 erfolgten Ablösung Franz Pfeffer von Salomons (1888-1968) übernahm Hitler ein Jahr später persönlich das Amt des Obersten SA-Führers (OSAF). Die faktische Leitung der Dienstgeschäfte übertrug Hitler 1931 dem neu ernannten Stabschef der SA, seinem alten Kampfgefährten Ernst Röhm.

Vor dem Hintergrund des politischen Durchbruchs der NSDAP in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und der anhaltenden Weltwirtschaftskrise etablierte sich die SA bis Anfang 1933 zu einer schnell wachsenden Massenorganisation mit weit über 400.000 Mitgliedern. Bis Ende 1932 starben 94 "Braunhemden" bei blutigen Saal- und Straßenschlachten zwischen SA und ihren Hauptgegnern, dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund (RFB) und dem republikanischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Begräbnisfeiern wurden zu einem Heldenkult ausgestaltet. Gleichzeitig trieb eine Terrorwelle der SA mit unzähligen Mord- und Bombenanschlägen die Republik an den Rand des Bürgerkriegs. Das Sprengen von Versammlungen politischer Gegner und die eingedrilte Kampftaktik der SA, der übergangslose Ausbruch aus einer disziplinierten Marschformation in hemmungslose Gewaltaktionen, gehörten Anfang der 1930er-Jahre beinahe zum alltäglichen Erscheinungsbild. Viele Tote und über 1.100 Verletzte - so lautete die Bilanz des Wahlkampfes im Vorfeld der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. Den Höhepunkt der blutigen Aktionen bildete der "Altonaer Blutsonntag" am 17. Juli 1932, als sich aus einem Demonstrationmarsch der SA durch die kommunistische Hochburg eine



stundenlange Schießerei mit 18 Toten entwickelt. Der von Hitler beteuerte Legalitätskurs der NSDAP wurde von der politisch frustrierten, nach Übernahme der Staatsmacht drängenden SA erheblich in Frage gestellt. Eine offene Konfrontation zwischen Partei- und SA-Führung wurde durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 nur vorerst vermieden. SA-Formationen feierten die Machtübernahme der Nationalsozialisten mit gewaltigen Fackelzügen und Siegeskundgebungen. In den Wochen vor und nach der

Reichstagswahl vom 5. März war die SA Träger antijüdischer Ausschreitungen und eines Straßenterrors gegen politisch Andersdenkende von einem bis dahin unbekanntem Ausmaß. In Preußen als "Hilfspolizei" mit staatlichen Vollmachten eingesetzt, wurden die willkürlich Verhafteten in "Sturmlokalen" der SA gefoltert und misshandelt. Erste "wilde" Konzentrationslager (KZ) unter Leitung der SA entstanden unter anderem in Oranienburg und Dachau.

Die auf rund vier Millionen Mitglieder angewachsene und als innenpolitischer Machtfaktor ernst zu nehmende SA hatte nach dem Prozess der nationalsozialistischen Gleichschaltung 1934 ihre blutige Aufgabe weitgehend erfüllt. Röhm's Bemühungen um organisatorische Verselbständigung der gigantischen Parteiarmee als zukünftige Volksmiliz mit staatlichem Waffenmonopol in Konkurrenz zur Reichswehr endeten mit der Liquidierung der SA-Führung in Folge des "Röhm-Putsches" im Juni 1934. Zahlenmäßige Dezimierung und politische Bedeutungslosigkeit gegenüber der Schutzstaffel (SS) kennzeichneten die SA während der folgenden Jahre. Im NS-Regime war sie vornehmlich auf vormilitärische Erziehung und als Staffage bei Propagandaaktionen reduziert.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund republikanischer Kriegsteilnehmer", gegründet 1924 in Magdeburg, war eine überparteiliche Organisation, die sich den aktiven Schutz der jungen Weimarer Republik und ihrer Verfassung zur Aufgabe machte. Getragen wurde die Sammlungsbewegung vor allem von Sozialdemokraten, daneben aber auch von Anhängern des katholischen Zentrums und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die Organisation umfasste nach eigenen Angaben rund drei Millionen Mitglieder. und engagierte sich mit Demonstrationen, Aufmärschen, Gedenkfeiern und regelmäßiger Bildungsarbeit in seinen Ortsgruppen für die Weimarer Demokratie und deren Errungenschaften.

Den Ausschlag für die Gründung der Organisation gab das "Krisenjahr" 1923, an dem die junge Republik mehrmals am Rande des Abgrunds gestanden hatte. Dem



Reichsbanner gehörten zahlreiche prominente Politiker der pro-republikanischen Parteien an, unter anderem Reichskanzler Hermann Müller, Philipp Scheidemann, Kurt Schumacher und Otto Wels (SPD), die Reichskanzler Constantin Fehrenbach, Wilhelm Marx und Joseph Wirth (Zentrum) sowie Theodor Heuss und Hugo Preuß (DDP). Historisch sah sich das Reichsbanner in der Tradition der 1848er-Bewegung, an die es bei vielen

Gelegenheiten erinnerte. In den zahlreichen gewalttätigen Wahlkämpfen der Weimarer Republik unterstützte das Bündnis seine drei Trägerparteien durch das Bereitstellen von Saalschutz und eigener Propaganda. Als paramilitärischer Veteranenverband der demokratisch gesinnten Kriegsteilnehmer bildete das Reichsbanner (das übrigens ausschließlich männlichen Mitgliedern vorbehalten war) außerdem ein Gegengewicht zum deutschnational eingestellten "Stahlhelm" (Wehrverband zur Zeit der Weimarer Republik) und dem kommunistischen "Roten Frontkämpferbund".



Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

Mit dem rasanten Aufstieg der NSDAP seit 1929/30 militarisierte sich das Reichsbanner zusehends. Uniformierte Einheiten ("Schutzformationen") sollten für den Fall eines gewaltsamen Umsturzes bereitstehen, um die Republik notfalls zu verteidigen. Ende 1931 bildete sich als Reaktion auf die ultrarechte "Harzburger Front" die "Eiserne Front" – ein Abwehrbündnis aus SPD, freien Gewerkschaften und Reichsbanner. Unter dem Symbol der "Drei Pfeile" versuchte die Eiserne Front 1932 vergeblich, den Vormarsch der NSDAP zu stoppen. Kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde das Bündnis 1933 verboten, das nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in Vergessenheit geriet. Immerhin stellte das Reichsbanner den einzigen ernstzunehmenden Versuch dar, in der Weimarer Republik überzeugte Republikaner und Demokraten aus unterschiedlichen politischen Lagern zu vereinen.

Unter Verwendung von Texten Arnulf Scriba, DHM und LMU